

CARLOS LOZADA

# What I Learned When I Read 887 Pages of Project 2025

Feb. 29, 2024

Jede neue Regierung, die der gegnerischen Partei die Macht wegnimmt, behauptet, dass alles, was ihre Vorgänger getan haben, schrecklich war und dass der Sieg ein Mandat des Volkes darstellt, alles zu ändern oder loszuwerden. Wahlen haben Konsequenzen, daran erinnern uns die Politiker gerne, und eine große Konsequenz ist der Versuch, alles sofort zu ändern.

Es ist möglich, „Mandate for Leadership: The Conservative Promise“ - ein 887-seitiges Dokument, in dem vorgeschlagen wird, die Exekutive umzugestalten, Abteilung für Abteilung, Agentur für Agentur, Büro für Büro - als eine weitere Runde in dieser Washingtoner Tradition. Mit Beiträgen von Dutzenden konservativer Denker und Aktivisten unter der Leitung des Projekts 2025 der Heritage Foundation kündigt sich das Buch als Teil einer „vereinten Anstrengung an, um für die nächste konservative Regierung bereit zu sein, die am 20. Januar 2025 um 12:00 Uhr mittags regieren wird“. Es liege noch viel Arbeit vor uns, heißt es, „nur um den beträchtlichen Schaden ungeschehen zu machen, der in den Biden-Jahren angerichtet wurde.

Das Buch wurde nicht von Donald Trump oder seiner Kampagne abgesegnet, und die Autoren betonen, dass sie dem nächsten konservativen Präsidenten helfen wollen, „wer immer er oder sie auch sein mag“. Aber da so viele ehemalige Trump-Beamte unter den Autoren sind, so viel Lob für ihn auf den Seiten zu finden ist (er wird etwa 300 Mal erwähnt, Nikki Haley dagegen nur einmal) und eine so deutliche Affinität zwischen Trumps Impulsen und den Vorschlägen des Dokuments besteht, kann man sich leicht vorstellen, dass „Mandate for Leadership“ in einer zweiten Amtszeit von Trump Einfluss haben wird. Es ist ein Regierungsplan von der Stange für eine Führungspersonlichkeit, die beim letzten Mal ohne klaren Plan und ohne wirkliche Fähigkeit zum Regieren ins Amt kam. Dieses Buch versucht, ihn mit beidem zu versorgen.

Es enthält vieles, was man von einer zeitgenössischen konservativen Agenda erwarten würde: Forderungen nach niedrigeren Unternehmenssteuern und gegen Abtreibungsrechte; Kritik an Initiativen für Vielfalt, Gleichberechtigung und Integration sowie am „Klimafanatismus“ der Biden-Administration; und Pläne zur Militarisierung der Südgrenze und zur Bekämpfung des „Verwaltungsstaates“, der hier als mächtige und unkontrollierbare Bundesbürokratie dargestellt wird, die auf linkes Social Engineering aus ist. Doch was an dem Buch am meisten auffällt, ist nicht die spezifische politische Agenda, die es umreißt, sondern wie weit die Autoren bereit sind, bei der Verfolgung dieser Agenda zu gehen, und wie rücksichtslos ihre Annahmen über Recht, Macht und öffentlichen Dienst sind.

In „Mandate for Leadership“, das von Paul Dans und Steven Groves von der Heritage Foundation herausgegeben wurde, geht es nicht darum, einen Tag lang Diktator zu sein, sondern um die Konsolidierung von Autorität und die Aushöhlung der Rechenschaftspflicht auf lange Sicht. Das Buch fordert eine unerbittliche Politisierung der Bundesregierung, bei der die vom Präsidenten ernannten Mitarbeiter die Berufsbeamten auf Schritt und Tritt verdrängen und Behörden und Ämter aus offenkundig ideologischen Gründen abgeschafft werden. Obwohl den Lesern versichert wird, dass der Präsident und seine Untergebenen „der Verfassung und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet sein müssen“, wird der Präsident als die persönliche Verkörperung des Volkswillens dargestellt und das Gesetz als Hindernis für eine konservative Regierungsführung behandelt. Es hebt die Rolle religiöser Überzeugungen in Regierungsangelegenheiten hervor und betrachtet die Befugnisse des Kongresses und der Justiz mit Ablehnung.

Und trotz der Rhetorik des Buches über die Notwendigkeit, den „Verwaltungsstaat abzubauen“, wird bald klar, dass die Beseitigung der Bundesbürokratie nicht das Ziel des Dokuments ist. Es mag vieles geben, was es wert ist, aus der Exekutive gestrichen zu werden, aber bei „Mandate for Leadership“ geht es darum, den Verwaltungsstaat zu erobern, nicht darum, ihn zu entwerfen. **Das wichtigste Versprechen der Konservativen besteht darin, den Staat als Instrument zur Machtkonzentration und zur Verankerung der Ideologie einzusetzen.**

„Mandate for Leadership“ ist kein Buch, das von Anfang bis Ende durchgelesen werden sollte, schon gar nicht von einer einzelnen Person. (Glauben Sie mir.) In jedem Kapitel befassen sich ein oder mehrere Autoren mit einer bestimmten Abteilung oder Behörde im Detail, so dass das Erfassen der Vorschläge des Buches ein tiefes Fachwissen in mehreren Bereichen - Handelsverhandlungen, Umweltwissenschaft, Diplomatie, Kernkraft, um nur einige zu nennen - und in den Feinheiten des Washingtoner Wonkdom erfordern würde. Die Prosa des Buches ist dicht, vollgestopft mit Aufzählungspunkten und bürokratischem Geschwafel, und wenn ich Seite für Seite über so viele obskure Ämter lese, habe ich Verständnis für die Klagen über einen elefantösen vierten Zweig der Regierung. In der Einleitung wird behauptet, dass „ein Augenpaar, das diese Passagen liest, das des 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten sein wird“, aber ich würde nicht damit rechnen, dass irgendein zukünftiger Präsident diese Seiten mit einem Textmarker in der Hand durchblättert und dabei weise nickt. „Mandate for Leadership“ ist keine Überzeugungsarbeit, sondern eine Absichtserklärung.

Das Chaos der ersten Tage der Trump-Präsidentschaft mag zum Teil beabsichtigt gewesen sein - man denke an Steve Bannons Strategie, die „Zone“ mit einem Schimpfwort zu überschwemmen -, aber es ist keine Erfahrung, die die Autoren dieses Bandes wiederholen möchten. Die Existenz des Buches ist ein implizites Eingeständnis, dass der planlose Regierungsansatz der Trump-Administration eine verpasste Gelegenheit war. Die Umsetzung der Agenda eines konservativen Präsidenten „erfordert einen gut durchdachten, koordinierten, einheitlichen Plan und einen geschulten und engagierten Personalkader, um ihn umzusetzen“, heißt es auf der ersten Seite des Dokuments. Die Formulierung wird

schnell militaristisch: **Die Autoren wollen „eine Armee von ausgerichteten, überprüften, geschulten und vorbereiteten Konservativen zusammenstellen, die sich am ersten Tag an die Arbeit machen, um den Verwaltungsstaat zu dekonstruieren“.**

Diese Dekonstruktion kann schonungslos sein. Teile von „Mandate for Leadership“ lesen sich so, als hätten die Autoren eine Control-F-Suche in der Exekutive nach Begriffen durchgeführt, die ihnen verdächtig vorkamen, und dann die beanstandeten Programme oder Büros gelöscht. Der Gender Policy Council des Weißen Hauses muss verschwinden, ebenso wie das Office of Domestic Climate Policy. Das Office of Clean Energy Demonstrations des Energieministeriums ist ein No-No. Die E.P.A. kann auf ihr Büro für Umweltgerechtigkeit und externe Bürgerrechte verzichten. Und die National Oceanic and Atmospheric Administration sollte aufgelöst werden, weil sie „eine der Haupttriebkraften der Klimawandel-Alarmindustrie“ ist.

Einer der häufigsten Angriffspunkte des Buches ist D.E.I. - die in den letzten Jahren in der gesamten Bundesregierung errichtete Infrastruktur für Vielfalt, Gleichberechtigung und Integration, die in „Mandate for Leadership“ mit Rassismus gleichgesetzt wird. Nahezu jede Ecke der Verwaltung, vom Arbeitsministerium bis zur US-Behörde für internationale Entwicklung, muss von D.E.I. gesäubert werden, und die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels können brutal sein. Im Finanzministerium zum Beispiel würde eine neue konservative Regierung jeden Beamten, der an D.E.I.-Programmen teilgenommen hat, identifizieren und befragen, um den Umfang der Bemühungen zu bewerten und sicherzustellen, dass sie beseitigt werden, und sie würde „die Teilnahme an jeder kritischen Rassentheorie oder D.E.I.-Initiative, ohne Einwände aus verfassungsrechtlichen oder moralischen Gründen, per se als Grund für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses behandeln.“

Die Auswüchse von Diversity-, Equity- und Inclusion-Programmen sind wohl kaum nur ein Anliegen der politischen Rechten, aber hier geht es nicht nur um die Ablehnung einer Ideologie. Es ist eine Säuberung von jedem, der damit in Berührung kommt. Sind Sie jetzt oder waren Sie jemals ein Mitglied der D.E.I.?

Einer der häufigsten Angriffspunkte des Buches ist D.E.I. - die in den letzten Jahren in der gesamten Bundesregierung errichtete Infrastruktur für Vielfalt, Gleichberechtigung und Integration, die in „Mandate for Leadership“ mit Rassismus gleichgesetzt wird. Nahezu jede Ecke der Verwaltung, vom Arbeitsministerium bis zur US-Behörde für internationale Entwicklung, muss von D.E.I. gesäubert werden, und die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels können brutal sein. Im Finanzministerium zum Beispiel würde eine neue konservative Regierung jeden Beamten, der an D.E.I.-Programmen teilgenommen hat, identifizieren und befragen, um den Umfang der Bemühungen zu bewerten und sicherzustellen, dass sie beseitigt werden, und sie würde „die Teilnahme an jeder kritischen Rassentheorie oder D.E.I.-Initiative, ohne Einwände aus verfassungsrechtlichen oder moralischen Gründen, per se als Grund für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses behandeln.“

Die Auswüchse von Diversity-, Equity- und Inclusion-Programmen sind wohl kaum nur ein Anliegen der politischen Rechten, aber hier geht es nicht nur um die Ablehnung einer

Ideologie. Es ist eine Säuberung von allen, die davon betroffen sind. Sind Sie jetzt oder waren Sie jemals Mitglied der D.E.I.-Partei?

Wenn es nach „Mandate for Leadership“ geht, wird die nächste konservative Regierung auch die Datenerfassung und -analyse ins Visier nehmen, die die Grundlage der öffentlichen Politik bilden. Jeder US-Bundesstaat sollte von den Gesundheitsbehörden verpflichtet werden, genau zu berichten, „wie viele Abtreibungen innerhalb seiner Grenzen stattfinden, in welchem Schwangerschaftsalter des Kindes, aus welchem Grund, im Wohnsitzstaat der Mutter und mit welcher Methode“. Im Gegensatz dazu sollte die Regierung die Erhebung von Beschäftigungsstatistiken auf der Grundlage von Rasse oder ethnischer Zugehörigkeit verbieten, und die Centers for Disease Control sollten die Erhebung von Daten über die Geschlechtsidentität einstellen, mit der Begründung, dass eine solche Erhebung „das Phänomen der sich ständig vervielfältigenden subjektiven Identitäten fördert.“ (Warum sich die Exekutive mit den subjektiven Identitäten amerikanischer Bürger befassen sollte, wird etwa 25 Seiten später klarer, wenn das Dokument bekräftigt, dass die Regierung „eine biblisch begründete, sozialwissenschaftlich untermauerte Definition von Ehe und Familie beibehalten“ sollte).

Der Teil des Buches, der dem Census Bureau gewidmet ist, warnt davor, dass die Datenerhebung der Regierung Biden „verzerrt werden könnte, um fortschrittliche politische Agenden zu unterstützen“, doch „Mandate for Leadership“ scheint nicht zu begreifen, wie seine eigenen Vorschläge die gleichen Bedenken in die entgegengesetzte Richtung hervorrufen könnten. Man muss kein verschwörerischer Geist sein, um sich darüber zu wundern; das Dokument nennt sein Ziel unverblümt: „Es bedarf einer starken politischen Führung, um die Effizienz zu steigern und den Auftrag des Census Bureau mit konservativen Prinzipien in Einklang zu bringen.“

Selbst ein Führer, der erklärt hat, dass er allein die Dinge in Ordnung bringen kann, kann dies nicht allein erreichen. Dem nächsten konservativen Präsidenten würde sich diese Armee von Beauftragten anschließen, die die Exekutive erobern wollen. Eine der „Säulen“ des Projekts 2025 ist die Einrichtung einer Personaldatenbank - eine Art „rechtes LinkedIn“, wie die Times berichtet, die etwa 20.000 potenzielle Verwaltungsbeamte anziehen soll. „Mandate for Leadership“ behauptet, dass ‚die Ermächtigung von politischen Beauftragten in der gesamten Verwaltung entscheidend für den Erfolg eines Präsidenten ist‘, und praktisch jedes Kapitel fordert zusätzliche Beauftragte, um den langjährigen Karrieremitarbeitern in ihren jeweiligen Abteilungen die Macht zu entreißen.

Dies gilt insbesondere für das Außenministerium und das Justizministerium, die als anfällig für unlautere Einflüsse gelten, und zwar mit fast identischen Worten. „Große Teile der Belegschaft des Außenministeriums sind linksorientiert und neigen dazu, mit der politischen Agenda und den Visionen eines konservativen Präsidenten nicht einverstanden zu sein“, heißt es in dem Buch. Über das Justizministerium: „Große Teile des Ministeriums wurden von einer nicht rechenschaftspflichtigen bürokratischen Führungsklasse und linksradikalen Ideologen besetzt, die sich überall in den Büros eingeknistet haben.“ (Lektion: Hüte dich vor Schwaden.)

Es ist zweifellos das Vorrecht aller neuen Präsidenten, Beamte zu ernennen, die ihre Agenda unterstützen; da Präsidenten auf der Grundlage der von ihnen vorgeschlagenen Agenda gewählt werden, ist es nur recht und billig, dass sie dies tun. In „Mandate for Leadership“ werden langjährige Berufsbeamte als „Überbleibsel“ mit fragwürdigen Loyalitäten verunglimpft, denen die „moralische Legitimität“ fehlt, die sich aus der Ernennung durch einen Präsidenten ergibt, der verfassungsmäßig verpflichtet ist, für die treue Ausführung der Gesetze zu sorgen. In dem Buch wird die Wiedereinführung von Schedule F gefordert, einer Durchführungsverordnung aus der Trump-Ära, die es dem Präsidenten und politischen Beauftragten ermöglicht, viele Positionen im öffentlichen Dienst in ernannte Positionen umzuwandeln, wodurch diese Personen leichter entlassen und durch Loyalisten ersetzt werden können. In einem einprägsamen Euphemismus bezeichnet das Buch diese Bemühungen als „Identifizierung des programmatischen politischen Personalbedarfs“.

Es besteht jedoch ein Unterschied zwischen der Förderung einer Belegschaft, die dem Präsidenten gegenüber rechenschaftspflichtig ist, und der Politisierung aller Aspekte der Exekutive, einschließlich der Bereiche, die besondere Fachkenntnisse erfordern. „Mandate for Leadership“ tendiert zu dem politisierenden Ansatz. Bei der E.P.A. beispielsweise fordert das Dokument einen neuen wissenschaftlichen Berater und mindestens sechs neue Beauftragte, die mit der Reform der wissenschaftlichen Forschung der Behörde betraut werden sollen; bei den Qualifikationen für diese Positionen sollte der Schwerpunkt eher auf Managementfähigkeiten als auf „persönlichen wissenschaftlichen Leistungen“ liegen.

Im gesamten Buch werden Beschreibungen neuer Forschungspläne oft mit den ausdrücklichen Ergebnissen gepaart, die diese Forschung erbringen soll, sei es über die psychischen und physischen Schäden, die Abtreibung bei Frauen verursacht, oder über die schädlichen Auswirkungen von Steuern und Vorschriften auf Unternehmen, die von Minderheiten geführt werden. Später, in einer Diskussion über das National Institute of Standards and Technology im Handelsministerium - ja, hier ist das Unkraut groß und kratzig - drängt das Dokument eine neue Regierung, sicherzustellen, dass „jede mit Steuergeldern durchgeführte Forschung dem nationalen Interesse in einer konkreten Weise dient, die mit konservativen Grundsätzen im Einklang steht“. Das ist ein wirksamer Taschenspielertrick: die Politisierung der staatlich finanzierten wissenschaftlichen Forschung, indem das nationale Interesse an konservative Prioritäten gebunden wird.

Auch die Verwaltung der Hilfgelder würde eine ideologische Ausrichtung annehmen. „Mandate for Leadership“ wirft einen bösen Blick auf die Wirtschaftsentwicklungsbehörde des Handels, die Investitionen zur Förderung von Wachstum und Innovation in notleidenden Gemeinden tätigt und bei der Verteilung von Hilfgeldern hilft. Im Idealfall, so heißt es in dem Buch, würde eine neue konservative Regierung die Behörde abschaffen und ihre Ressourcen anderweitig einsetzen. Wenn der Widerstand des Kongresses dies jedoch unmöglich macht, sollte die Behörde für wirtschaftliche Entwicklung stattdessen „die Finanzierung besser mit konservativen politischen Zielen abstimmen“. Es gibt wenig

Subtilität: Das Buch argumentiert dann, dass die Bereitstellung von Mitteln der Behörde für „ländliche Gemeinden, die durch den Angriff der Biden-Administration auf die heimische Energieproduktion zerstört wurden, durchaus in den Aufgabenbereich der E.D.A. fallen würde.“ Wenn du sie nicht schlagen kannst, dann lass sie wenigstens für dich arbeiten.

Trotz des erklärten Wunsches, die Größe und den Ehrgeiz der Regierung „auf etwas zu reduzieren, das der ursprünglichen verfassungsmäßigen Absicht ähnelt“, sind die Verfasser des Dokuments in der Praxis bereit, bedeutende Bürokratien aufzubauen. „Mandate for Leadership“ fordert beispielsweise die Auflösung des Ministeriums für Heimatschutz und stattdessen die Schaffung einer großen, eigenständigen Einwanderungsbehörde auf Bundesebene. Es würde den Zoll- und Grenzschutz, die Einwanderungs- und Zollbehörde und die US-Staatsbürgerschafts- und Einwanderungsbehörde sowie Teile des Gesundheits- und Sozialministeriums und des Justizministeriums zusammenfassen, um eine Behörde auf Kabinettsebene zu schaffen, die mehr als 100.000 Bundesbedienstete beschäftigt. Dies wäre „die drittgrößte Abteilung gemessen an der Zahl der Mitarbeiter“, heißt es in dem Buch.

Zu den Vorschlägen für die Einwanderungspolitik gehören die „unbegrenzte Einschränkung“ der Aufnahme von Flüchtlingen, die Fertigstellung einer Grenzmauer im Südwesten und die Entsendung von „aktivem Militärpersonal und Nationalgardisten zur Unterstützung bei Festnahmeoperationen entlang der Grenze - etwas, was bisher noch nicht geschehen ist.“ Es wird sogar eine neue Einnahmequelle im Zusammenhang mit der Einwanderung ins Auge gefasst: die Erhebung von Gebühren von Asylbewerbern für die „Premium-Bearbeitung“ ihrer Anträge, eine Neuerung, die „eine Möglichkeit für einen erheblichen Geldzufluss“ bieten würde.

Die Autoren erkennen die überparteilichen Gefahren einer übermäßigen politischen Besetzung der Exekutive an, aber sie machen sich vor allem dann Sorgen, wenn ihre Gegner davon profitieren. „Das Bestreben, politische Beamte unrechtmäßig in den öffentlichen Dienst einzuschleusen, war in jeder Regierung, ob Demokrat oder Republikaner, weit verbreitet“, heißt es in dem Dokument. „Demokratische Verwaltungen sind jedoch in der Regel erfolgreicher, weil sie auf die Mitarbeit von Karrieristen angewiesen sind, die in der Regel stark nach links tendieren.“

In diesem Buch wird nicht dazu aufgerufen, den Verwaltungsstaat zu entpolitisieren. Es will ihn lediglich zugunsten einer neuen Seite politisieren. Alle tun es, jetzt sind wir dran. Finde dich damit ab. Diese Haltung erweist sich als besonders folgerichtig bei der Behandlung des Justizministeriums, das „vom Weg abgekommen“ ist und „zu einer aufgeblähten Bürokratie mit einem kritischen Kern von Mitarbeitern geworden ist, die in die Aufrechterhaltung einer radikalen liberalen Agenda vernarrt sind“. Um in einer neuen konservativen Regierung wieder zu sich selbst zu finden, so impliziert „Mandate for Leadership“, muss sich die Behörde dem Weißen Haus unterordnen.

Das Dokument nennt mehrere Gründe, warum das Justizministerium das Vertrauen“ vieler Amerikaner verspielt hat, darunter die Förderung der Trump-Russland-Kollusionsuntersuchung und die Vernachlässigung seiner Pflicht, die Einwanderungsgesetze

durchzusetzen. Daher ist eine „enorme Ausweitung“ der politischen Beauftragten im gesamten Ministerium erforderlich, die über die traditionell für das Amt des Generalstaatsanwalts und des stellvertretenden Generalstaatsanwalts ernannten Personen hinausgeht. Alle diese Beauftragten müssen eng mit dem Weißen Haus zusammenarbeiten; tatsächlich sollten das Justizministerium und der Berater des Weißen Hauses „als Team“ agieren.

Zwar wird in dem Buch darauf hingewiesen, dass der Kontakt zwischen dem Weißen Haus und dem Justizministerium traditionell zwischen dem Berater des Weißen Hauses und dem Generalstaatsanwalt bzw. dem stellvertretenden Generalstaatsanwalt stattfindet - eine Praxis, die darauf abzielt, das Risiko politischer Einmischung in die Strafverfolgung zu verringern -, aber „Mandate for Leadership“ ermutigt eine neue Regierung, „diese Politik zu überprüfen und festzustellen, ob es effizienter oder angemessener wäre, wenn die Kommunikation über zusätzliche Kanäle erfolgen würde“.

Es ist effizienter und angemessener, wenn das Ziel darin besteht, einen größeren Druck des Weißen Hauses auf die leitenden Strafverfolgungsbeamten der Nation zuzulassen. Sogar der Direktor des FBI, so wird in dem Dokument argumentiert, muss dem Präsidenten gegenüber ebenso politisch rechenschaftspflichtig sein wie jeder andere hohe Beamte. „Um eine prompte politische Rechenschaftspflicht zu gewährleisten und wahrgenommene oder tatsächliche Missbräuche einzudämmen“, heißt es in dem Dokument, sollte die nächste konservative Regierung eine Gesetzesänderung anstreben, um die Position des FBI-Direktors an die der Leiter aller anderen wichtigen Abteilungen und Behörden anzugleichen.

Trump hat sich darüber beklagt, dass das FBI und das Justizministerium als Waffen gegen ihn eingesetzt wurden; diese Reformen würden dafür sorgen, dass sie politisiert werden. Denn wenn das Justizministerium und das Weiße Haus als Team zusammenarbeiten müssen, ist es klar, wer der Teamkapitän ist. „Während die Überwachung der Rechtsstreitigkeiten in den Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums fällt, untersteht die Abteilung der direkten Aufsicht und Kontrolle des Präsidenten“, heißt es in dem Buch.

Auch wenn die Abteilung bei ihren Entscheidungen über Rechtsstreitigkeiten immer mit „schwierigen Entscheidungen“ konfrontiert sein wird, „müssen diese Entscheidungen immer mit der politischen Agenda des Präsidenten und der Rechtsstaatlichkeit im Einklang stehen“. Was passiert, wenn die Agenda und das Gesetz in Konflikt geraten? Die Antwort ist in „Mandate for Leadership“ implizit enthalten. Im Ministerium für Innere Sicherheit zum Beispiel sollte der Chefsyndikus mehr politische Beauftragte einstellen, um die Berufsjuristen des Amtes zu beaufsichtigen, denn „der Rechtsabteilung darf nicht erlaubt werden, die Agenda der Verwaltung durch gestelzte oder fehlerhafte Rechtspositionen zu vereiteln.“ Das Recht muss sich den Prioritäten des Präsidenten unterordnen. Wenn nicht, machen die Juristen etwas falsch.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, unbequeme Gesetze für unanwendbar zu erklären. Wenn beispielsweise der Minister für innere Sicherheit entscheidet, dass „eine tatsächliche oder erwartete Massenmigration von Ausländern“ in die Vereinigten Staaten „dringende

Umstände darstellt“, kann der Minister so lange wie nötig Regeln und Vorschriften erlassen, „einschließlich der Ausweisung solcher Ausländer“, mit dem abschließenden Vorbehalt, dass „derartige Regeln und Vorschriften nicht den Anforderungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes unterliegen“. Wenn Sie das Gesetz lesen, werden Sie feststellen, dass es das Verfahren regelt, nach dem die Vorschriften der Behörden öffentlich kommentiert und von den Gerichten überprüft werden.

Dieser einsame Satz, der am Ende eines Absatzes auf Seite 152 von „Mandate for Leadership“ angehängt ist, ist eine bürokratische Einladung zur rechtlichen Straffreiheit. Das Buch betrachtet die Verfolgung der Agenda des Präsidenten - die unterschiedlich als „Bedürfnisse“, „Ziele“ oder „Wünsche“ des Präsidenten beschrieben wird - als immer mit dem Gesetz vereinbar. „Die Aufgabe des modernen konservativen Präsidenten ist es, die Exekutive im Namen des amerikanischen Volkes zu begrenzen, zu kontrollieren und zu lenken“, heißt es darin. Und die Bedürfnisse, Ziele und Wünsche des amerikanischen Volkes werden mit denen des Führers gleichgesetzt.

Ironischerweise können in dieser Weltanschauung die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen eingeschränkt werden. Im Vorwort des Buches schreibt Kevin D. Roberts, der Präsident der Heritage Foundation, dass das „Streben nach Glück“ in der Unabhängigkeitserklärung als „Streben nach Glückseligkeit“ verstanden werden sollte, d. h. dass „ein Individuum frei sein muss, so zu leben, wie es sein Schöpfer bestimmt hat - um zu gedeihen.“ Die Verfassung, so erklärt er, „gewährt jedem von uns die Freiheit, nicht zu tun, was wir wollen, sondern was wir sollen“. Das Buch verknüpft dieses Argument mit dem philosophischen und rechtlichen Konzept der „geordneten Freiheit“, bei dem die Rechte des Einzelnen gegen die soziale Stabilität abgewogen werden.

Die Vorstellung, dass Freiheit die Disziplin beinhaltet, das Richtige zu tun, im Gegensatz zu der Entscheidung, alles zu tun, was wir wollen, hat eine lange Tradition im amerikanischen politischen Denken, die bis zu den Puritanern und der „Stadt auf dem Hügel“ zurückreicht. Doch in „Mandate for Leadership“ hängt die Antwort auf die Frage, was wir tun sollten, von den kulturellen und religiösen Neigungen der Autoren ab. „Dieses Streben nach dem guten Leben findet sich vor allem in der Familie - Ehe, Kinder, Erntedankessen und dergleichen“, schreibt Roberts. Es findet sich auch in der Arbeit, der Wohltätigkeit und vor allem in „religiöser Hingabe und Spiritualität“.

Später, in einem Kapitel über das Arbeitsministerium, schlägt das Buch vor, dass amerikanische Arbeiter für ihre Arbeit an diesem Tag extra bezahlt werden sollten, weil „Gott den Sabbat als Ruhetag bestimmt hat“. „Ein gemeinsamer freier Tag ermöglicht es Familien und Gemeinschaften, die freie Zeit gemeinsam zu genießen, anstatt als atomisierte Individuen“, heißt es dort.

„Mandate for Leadership“ versucht oft, das, was wir tun sollten, mit dem, was die Autoren von uns erwarten, in Einklang zu bringen. Im gleichen Kapitel über das Arbeitsministerium fordert das Buch beispielsweise den Kongress auf, bei allen neuen Bundesverträgen vorzuschreiben, dass mindestens 70 Prozent der Mitarbeiter von Auftragnehmern US-



Bürger sein müssen (wobei der Anteil im Laufe der Zeit auf mindestens 95 Prozent steigen soll). Ein solches Gesetz ist notwendig, so das Buch, „damit die Arbeitgeber wieder die Freiheit haben, die Einstellung von Amerikanern zu einer Priorität zu machen“.

Wenn Sie Bundesauftragnehmer dazu bringen wollen, mehr amerikanische Arbeitnehmer einzustellen, dann schlagen Sie auf jeden Fall ein solches Gesetz vor. Aber wenn man es als eine Möglichkeit darstellt, den Arbeitgebern mehr „Freiheit“ zu gewähren, damit sie das tun können, wozu die Regierung sie zwingt, wird der Begriff der Freiheit entwertet. Und es lässt die Interpretation der „geordneten Freiheit“ in dem Buch eher auf das Erteilen von Befehlen als auf den Schutz der Freiheit ausgerichtet erscheinen.

In „Mandate for Leadership“ geht es nicht nur darum, dass ein Präsident die Kontrolle über die Exekutive ausübt, sondern auch darum, dass die Exekutive ihre Macht über die anderen Zweige der Regierung ausweitet. In dem Buch werden die Legislative und die Judikative von vielen kleinen und einigen großen Einschnitten betroffen. Die Kontrollbefugnisse des Kongresses würden beispielsweise auf verschiedene Weise eingeschränkt. Anstatt das Bestätigungsverfahren des Kongresses für Personen, die Schlüsselpositionen in der Exekutive einnehmen, zu durchlaufen, sollte die neue Regierung diese Beamten einfach in eine amtierende Rolle versetzen, was es ihnen ermöglichen würde, die Agenda des Präsidenten zu verfolgen, „während sie immer noch das Bestätigungserfordernis einhalten“.

(Das heißt, wenn die Umgehung des Erfordernisses eine Form der Ehre ist.) Die Gesetzgeber würden ausländische Waffenverkäufe der USA nicht mehr überprüfen, heißt es in dem Buch, es sei denn, die einstimmige Unterstützung des Kongresses ist garantiert“, eine Anforderung, die diese Überprüfungen sinnlos macht. Das Ministerium für Innere Sicherheit sollte die Befugnis haben, seine Aufsichtsausschüsse im Kongress auszuwählen und einzuschränken. Und das Weiße Haus kann dem Außenministerium vorschreiben, wann es gegenüber den Anfragen des Kongresses „Funkstille“ halten soll.

In einem Abschnitt mit dem Titel „Affirming the Separation of Powers“ (Bekräftigung der Gewaltenteilung) behauptet das Buch, dass die Exekutive - d. h. der Präsident und sein Team im Justizministerium - genauso befugt ist wie jeder andere Teil der Regierung, „die Verfassungsmäßigkeit zu beurteilen“. Eine neue konservative Regierung muss sich „die Verfassung zu eigen machen und die Verpflichtung der Exekutive verstehen, ihre unabhängigen Ressourcen und Befugnisse zu nutzen, um die Exzesse der Legislative und der Judikative einzudämmen“. Der Präsident muss dafür sorgen, dass die Leiter des Justizministeriums diese Sichtweise der Gewaltenteilung teilen.

Es ist die Aufgabe der Justiz und nicht des Präsidenten und eines gefügigen Generalstaatsanwalts zu entscheiden, ob Gesetze und politische Maßnahmen verfassungsgemäß sind. Wer etwas anderes glaubt, „beträchtigt“ nicht die gegenseitige Kontrolle, sondern untergräbt sie. „Mandate for Leadership“ verwandelt die Gewaltenteilung zwischen den drei Zweigen in ein Spiel mit Stein, Papier und Schere - nur dass der Stein alles schlägt.

Es steht jedoch im Einklang mit der Führungsrolle eines Präsidenten, der von den obersten Juristen der Nation gerne als „meine Richter“ spricht und einen ehemaligen Sprecher des Repräsentantenhauses als „meinen Kevin“ bezeichnet hat.

Es ist natürlich alles andere als klar, dass Trump das „Mandat für Führung“ als Standardregierungsplan für eine zweite Amtszeit anwenden würde. Verschiedene Organisationen schlagen ihre eigenen Versionen eines neuen konservativen Politikprojekts vor, und es ist schwer zu sagen, welche davon sich durchsetzen könnte, wenn überhaupt. Trumps Kampagne hat deutlich gemacht, dass keine externe Gruppe für ihn spricht oder seine Agenda vertritt.

Mit Trumps Ansichten Schritt zu halten, ist die ewige Herausforderung für jeden, der versucht, die Impulse des ehemaligen Präsidenten - diese Bedürfnisse und Wünsche - in eine konsistente Ideologie und ein politisches Programm umzusetzen. („Mandate for Leadership“ schlägt zum Beispiel vor, dass die NATO-Verbündeten, die sich Sorgen um Russland machen, sich hauptsächlich auf Washington verlassen sollten, was die nukleare Abschreckung angeht, und dass sie alle konventionellen Streitkräfte selbst aufstellen sollten, während Trump diesen Monat andeutete, dass er Russland „ermutigen“ würde, die NATO-Verbündeten anzugreifen, wenn sie „ihre Rechnungen nicht bezahlen“.)

Das Problem mit dem Trumpismus ist Trump selbst, der jeden kohärenten Ismus unmöglich macht. „Mandate for Leadership“ ist nichtsdestotrotz ein gelungener Versuch. Seine Fähigkeit, drastische Veränderungen mit düsterer Prosa zu verschleiern, ist beeindruckend. Die Vorstellungen von einer Exekutive, die weniger von Gesetzen oder Aufsicht abhängig ist, stehen im Einklang mit Trumps Ansichten über die Immunität und Straffreiheit, die der Präsident genießen sollte. Die Bereitschaft des Dokuments, den Verwaltungsstaat zu ermächtigen, wenn dies den ideologischen oder politischen Präferenzen entspricht, ist bemerkenswert, insbesondere angesichts der gegenteiligen Rhetorik. An einer Stelle, in einem Kapitel über das Handelsministerium, gibt ein ehemaliger Beamter der Trump-Administration kursiv gedruckte Ratschläge: „Wenn autoritäre Regierungen erklären, was sie vorhaben, sollte man ihnen glauben, es sei denn, harte Beweise belegen das Gegenteil. Er bezieht sich dabei auf Russland und China, obwohl die Warnung auch allgemeiner gelten könnte.

Vor fünfzig Jahren veröffentlichte Arthur Schlesinger Jr. „The Imperial Presidency“ (Die imperiale Präsidentschaft), eine Studie über die wachsenden kriegerischen Fähigkeiten des Präsidenten und die parallele Aushöhlung der verfassungsmäßigen Befugnis des Kongresses, Kriege zu erklären. Das während des Watergate-Skandals geschriebene Buch untersuchte auch die Art und Weise, in der sich die Nixon-Regierung innenpolitische Befugnisse angemahnt hatte, deren Missbrauch später zum Rücktritt des Präsidenten führte.

„Mandate for Leadership“ gibt auch vor, den Verfall der Vorrechte des Kongresses und der verfassungsmäßigen Ordnung zu beklagen. Doch zuweilen fällt der Schleier ab. Im letzten

Kapitel gibt ein ehemaliger Beamter des Justizministeriums der Trump-Administration zu, dass „die Konservativen nicht einseitig abrüsten und die Macht der Regierung nicht nutzen können, um eine konservative Agenda voranzutreiben, solange es keine Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Struktur gibt, die die Gründerväter anerkannt hätten, und keine massive Verkleinerung des Verwaltungsstaates.“

Das ist der selbst erteilte Auftrag von „Mandate for Leadership“. Es ist ein Aufruf zu den Waffen, wobei der Verwaltungsstaat die Waffe der Wahl ist. Im Vorwort schreibt Roberts, der Präsident der Heritage Foundation, dass der Verwaltungsstaat nirgendwo hingehen wird, bis der Kongress die Macht von der Bundesbürokratie zurückerobert.

Das ist das selbst erteilte Mandat von „Mandate for Leadership“. Es ist ein Aufruf zu den Waffen, wobei der Verwaltungsstaat die Waffe der Wahl ist. Im Vorwort schreibt Roberts, der Präsident der Heritage Foundation, dass der Verwaltungsstaat nirgendwo hingehen wird, bis der Kongress die Macht von der Bundesbürokratie zurückerobert.

„Aber in der Zwischenzeit“, so fügt er hinzu, „gibt es viele exekutive Instrumente, die ein mutiger konservativer Präsident einsetzen kann, um der Bürokratie Handschellen anzulegen, den Kongress zu zwingen, zu seiner verfassungsmäßigen Verantwortung zurückzukehren, dem amerikanischen Volk die Macht über Washington zurückzugeben und den Verwaltungsstaat in die Schranken zu weisen.“

Das Problem, wenn man den Verwaltungsstaat als Werkzeug einsetzt, sogar gegen sich selbst, ist, dass er in den Händen bequem wird. Warum sollte man diesen Griff lockern? In Washington kann „die Zwischenzeit“ sehr lange dauern.